

SPD
CDU

Herrn Bezirksbürgermeister
Bernd Schößler

Herrn Oberbürgermeister
Jürgen Roters

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 09.01.2013

AN/0028/2013

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 5 (Nippes)	24.01.2013

**Beschleunigter Ausbau des Gürtels
- Gemeinsamer Antrag von SPD und CDU -**

Die Bezirksvertretung 5 – Nippes – möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Nippes fordert den Verkehrsausschuss und den Rat der Stadt Köln auf, den Gürtelausbau mangels Finanzierbarkeit in drei Teilbereichen zu planen.

Gleichzeitig fordert sie Verkehrsausschuss und Rat auf, für das Teilstück zwischen Merheimer Str. und Niehler Kirchweg die Planungen aufzunehmen und der Bezirksvertretung Nippes zeitnah zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Die Menschen in Mauenheim leiden seit Jahrzehnten unter dem Durchgangsverkehr durch die Wohnviertel, da es keine alternativen Strecken in der Verkehrsführung gibt. Da die Hauptverkehrsstraßen häufig überlastet sind, bilden sich zusätzliche „Schleichverkehre“ durch die Straßen der Nibelungensiedlung. Die Merheimer Straße und die Bergstraße haben mittlerweile den Charakter von Stadtautobahnen angenommen. Die ehemaligen Wohnviertel haben ihren Charakter komplett verloren. Die einzige planerische Abhilfe dieses Zustandes ist der Ausbau der Gürteltrasse. Diese soll aber erst in 20 Jahren fertig gestellt sein!

Es ist den Menschen in Mauenheim allerdings unmöglich zuzumuten so lange zu warten. Außerdem kann Niemand vorhersagen, wie die Bedingungen dann sein werden. Immerhin muss auch bedacht werden, dass nicht nur die Menschen in Mauenheim bereits seit mehr als 30 Jahren warten. Seit über 40 Jahren wird der Ausbau bereits geplant. Daher ist es nur logisch, dass man sich ein Teilstück, in dem die Anwohner ganz besonders hart von Verkehr und Immissionen betroffen sind, aus der restlichen Planung heraus nimmt, beschleunigt bearbeitet und ausführt. Die Dringlichkeit ist seit Jahren gegeben und sehr hoch. Wir wünschen uns für Planung und Ausführung des Teilstücks einen Zeitraum von fünf Jahren. Angesichts der Belastungen der Anwohner, ist selbst dieser Zeitraum, den die Verwaltung wahrscheinlich als nicht realistisch bezeichnen wird, noch zu lang.

gez. Baumann

gez. Schmitz